

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 49

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

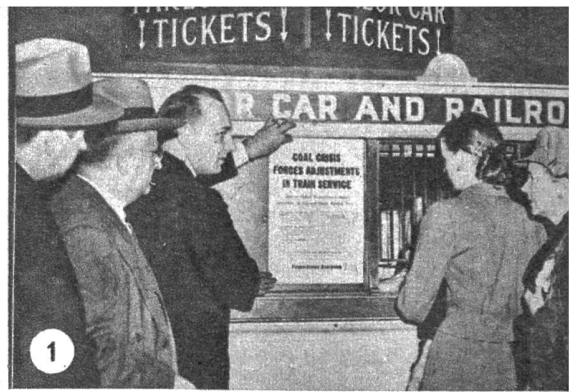
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

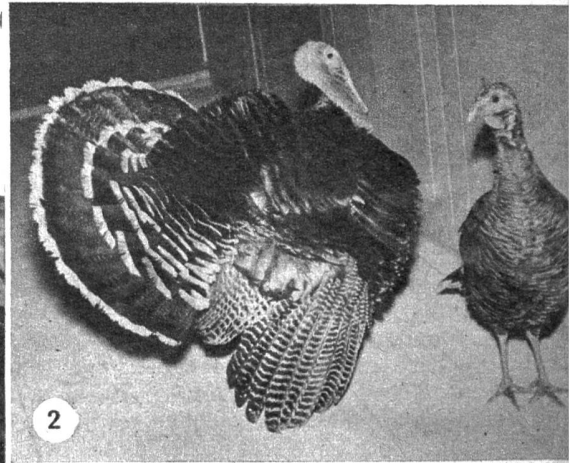
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eine Gruppe von feiernden Kohlenarbeitern



1



2

1 Die Folgen des amerikanischen Kohlenarbeiterstreiks. Durch den Kohlenmangel mussten zahlreiche Zugskurse aus dem Fahrplan gestrichen werden.

2 34. Nationale Geflügelschau in Basel. Ein würdiger Repräsentant Galliens, ein wundervolles Truthuhnpaar aus der bekannten Zucht von Pierre Hottinguer, Lagny. Rasse: «Bronzé d'Amérique».

3 Olympia-Vorbereitungen. Auf Trübsee haben schweizerische Elite- und Nachwuchsfahrer aller Ski-Disziplinen unter der Leitung von Arnold Glatthard einen mehrtägigen, überaus vielseitigen Trainingskurs für die Winter-Olympiade von 1947 in St. Moritz absolviert. Unser Bild zeigt den schweizerischen Ex-Langlaufmeister und Militärmeister Max Müller (Siders) bei der Demonstration von Langlaufstil im Aufstieg



3

4 Strümpfe aus Mosquito-Netzen. Praktisch sind die Berlinerinnen. Da es so etwas wie Seidenstrümpfe nicht mehr gibt, sind sie darauf gekommen, aus den riesigen alliierten Lagerbeständen an Mosquito-Netzen... Damenstrümpfe zu produzieren.

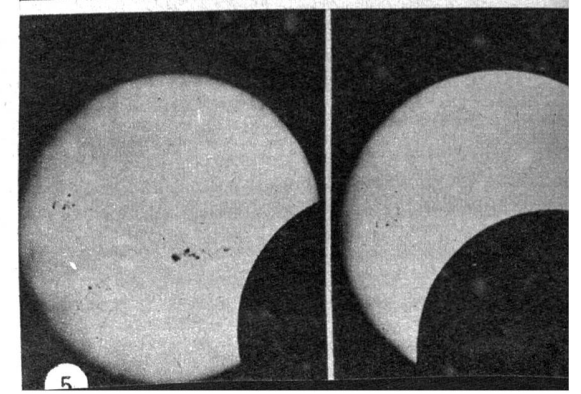
5 Die letzte Sonnenfinsternis auf der photographischen Platte. Links sieht man den Höhepunkt der Finsternis, bei welchem der Mond 51 Prozent des Sonnendurchmessers verdeckt. Die etwa eine Stunde später gemachte Aufnahme rechts lässt eine Anzahl Sonnenflecken erkennen, wovon der grösste etwa 15mal so gross ist wie die Erde



4

Schweizer Sozialattachés in Washington und London. Im Verlaufe der Diskussion über den Ausbau und die Verstärkung unserer diplomatischen Vertretungen wurde sowohl im Parlament als auch in anderen Kreisen der Wunsch ausgedrückt, unsern wichtigsten Gesandtschaften Sozialattachés beizugeben. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt be- Person von Georges Chavaz. Der Bundesrat hat nun in seiner Sitzung vom 29. No- vember beschlossen, auch unseren diplomatischen Vertretungen in London und Wa- shington Mitarbeiter zuzuteilen, die in der Lage sind, diese Aufgaben zu erfüllen und hat zu diesem Zweck Paul Clottu (links) und Emil Rimensberger (Mitte) zu Sozialattachés in London bzw. Washington ernannt. Die neuen Sozialattachés werden ihre Posten zu Beginn des nächsten Jahres antreten (Photopress)

Oben rechts: Ex-Königin Eugenia-Viktoria von Spanien, die wieder einige Monate in der Schweiz verbracht hat, ist dieser Tage von Genf-Cointrin aus mit einem Flugzeug der Swissair nach London geflogen. Unser Bild: König Leopold von Belgien, der ebenfalls auf dem Flugplatz anwesend war, verabschiedet sich von Viktoria-Eugenia



5

POLITISCHE RUNDSCHAU

Labiles Gleichgewicht

-an- In der Schule lernten wir seinerzeit, dass ein Denkmal sich im «stabilen» Gleichgewicht befinde, ein fahrender Wagen jedoch im «labilen». Wer wird es dem Menschen verargen, wenn er nicht ewig fahren, sondern auch einmal ausruhen möchte, dass in jedem von uns hie und da das Bedürfnis aufkommt nach Stillstand! Dass wir einmal unsere Situation überblicken möchten, ohne riskieren zu müssen, dass sie sich ändert, während wir sie studieren! Dennoch: Der Wagen der Wirtschaft fährt. Es gibt da nur ein «labiles Gleichgewicht».

Wir kommen auf diese Bemerkung anlässlich der Lektüre zweier Versammlungsberichte, welche sich beide mit zwei «ewigen» Kapiteln unserer öffentlichen Angelegenheiten befassen. Nämlich mit dem *schweizerischen Staatsbudget und Haushalt* — und zugleich mit der *Altersversicherung*. Bekanntlich herrscht ja in der eidgenössischen Staatskasse durchaus die Labilität, und von einem Gleichgewicht dürfe man nicht sprechen, wird behauptet. Und was die AHV angeht, die man ja auf völlig stabile Unterlagen stellen möchte, ist ihr wichtigster Faktor, die zahlenmässig festgesetzte Rente, zum vornherein der Labilität ausgeliefert, solange gegen die Geldentwertung kein Mittel gefunden wird. Das heisst: Solange wir nicht wissen, ob in zehn Jahren 1000 Franken nur noch soviel Kaufkraft bedeuten, wie heute 500.

Wie verschieden die Forderungen an die «Stabilität» des Gesamthaushaltes und der AHV sind, zeigten wie gesagt die zwei Tagungen. Die *Handelskammer* urteilte an ihrer 167. *Versammlung* ungefähr so: Die AHV ist zu begrüssen, aber sie müsste solider finanziert werden. *Nicht zur Hauptsache Beiträge aus den Ausgleichskassen, sondern erhöhte Getränke- und Tabaksteuern*. Und: Zuvor müsste das Bundesbudget ausgeglichen werden. Und zwar durch den *Abbau der Subventionen*, worunter die 90 Mill. rechnen, welche die Brotverbilligung kostet. Umgekehrt verlangte eine *Versammlung von über 2000 Arbeitern und Angestellten in Zürich*, dass die *Beiträge des Jahres 1947 sowie die vorhandenen Mittel des zentralen Ausgleichsfonds im vollen Umfange für den Wehrmannsschutz und für die AHV verwendet werden müssten*. Im Gegensatz zur Handelskammer, die der Ansicht ist, wir müssten, was nicht dem Wehrmannsschutz diene, für *später notwendig werdende Arbeitsbeschaffungsprojekte reservieren*. Es sind zwei völlig gegensätzliche Standpunkte, die da vertreten werden. Vor allem der Handelskammer möchte man entgegenhalten, dass sie so argumentiere, wie man es tun dürfte, wenn der Wagen unserer Volkswirtschaft still stünde. *Er fährt aber*. Die Lage kann in einem halben Jahre so vollkommen ändern, dass alle heute unternommenen Ausbalancierungsversuche sich entweder als nutzlos oder gar schädlich erweisen. Ueberlegen wir einmal, was geschähe, falls z. B. die *eidgenössische Verrechnungsstelle die in Amerika liegenden und nun freigegebenen zwei Milliarden ins Land hereinliesse?* Man denke: Zwei Milliarden, die urplötzlich in Form von Dollars oder gar Gold nach Schweizer Devisen verlangten! Die sich hierzulande investieren möchten und auf dem sowieso mit Kapital vollgestopften Boden nicht investieren könnten!

Es gibt ausser den Gleichgewichtssorgen für unser Budget noch manche andere, ebensowichtige, und eine der wichtigsten wird binnen kurzem *die Frage unserer Währung werden*. Und zwar, seit in den USA die Preise seit dem Wahlsieg der Republikaner von 100 auf 160 Pro-

zent hinaufschnellten. Machen wir diese «innere Abwertung» des Dollars mit, indem wir uns «an den Dollar hängen» dann bezahlen wir für jede USA-Ware eben auch 150 statt nur 100 Franken. Vielleicht wirkt sich dies als Drosselung des Imports von drüben aus — und damit hätten wir einen weitem Faktor des Preisauftriebes auch bei uns. Dass aber eine dermassen weitertreibende Veränderung unseres Preisniveaus alle Kalkulationen der «Stabilisierer» über den Haufen wirft, begreift wohl nur, wer einsieht, dass wir das «labile» Gleichgewicht nicht verlieren dürfen, mit dem wir zurzeit ganz gut leben.

Kampf der Ideen im Nahen Osten

Es ist Dezember, und die für den November angesetzte Aussenministerzusammenkunft zur Behandlung des deutschen Problems hat nicht stattgefunden, ist auch nicht für den laufenden Monat angesagt und wird von niemandem erwartet. Die Herren sitzen in *Lake Success* beisammen, konferieren bald mit dem Vertreter Chinas zu fünft oder treten wieder in der Vollversammlung der «UNO» auf, halten ihre öffentlichen Reden oder streiten sich über Fragen herum, die eigentlich schon in Paris hätten abgeklärt werden sollen. Die Meldungen, die täglich durchgegeben werden, vermitteln nur dem aller aufmerksamsten Zeitungsleser ein Bild dessen, was wirklich geleistet wurde — und was sich nicht durchführen lässt. Für die Mehrheit aller Zuschauer und Zuhörer verwirrt sich das Konferenzgeschehen in eine Wolke von Worten, aus welchen sich keinerlei Beschlüsse formulieren lassen. Geht es wirklich vorwärts? Werden eines Tages die *Friedensverträge für die «kleinen Fünf», also Italien, Finnland, Rumänien, Ungarn und Bulgarien* fertig? Kommt ein neues *Statut über die Donauschiffahrt* zustande? Gibt es am Ende *greifbare Zahlen über die Kriegsschädigung und den Schlüssel, nach welchem die geforderten Summen unter die Sieger verteilt werden sollen?* Wird man sich ein Bild machen können über die *Möglichkeit der «nationalen Volkswirtschaft» in Italien und im Donauraum, welche die jahrelangen Reparationsabzapfungen erleiden soll?* Sieht irgendwer voraus, *wie sich die Seele eines Volkes entwickeln muss, das auf einen Teil seines Lebensbedarfs verzichtet, weil es «auf Reparationskonten» zu arbeiten hat?* Sieht man es vor allem auf der Siegerseite voraus?

Man könnte es voraussehen, wenn man wirklich sehen und hören wollte und könnte. *Eine sehr eindringliche Lektion haben die Russen in Deutschland erlebt*. Gerade die Russen, von welchen man annahm, ihre Besatzungskommandanten seien instruiert und entschlossen, in ihren Gebieten das Steuer eindeutig in der Richtung des Kommunismus zu drehen und alles zu unterdrücken, was sich dem Siege der *prorussischen SED* entgegenstellen würde. Nun hören wir, dass sich diese kommunistische «Einheits-Sozialdemokratie» gespalten hat und dass sich ihre Mitglieder *massenweise in die alte Sozialdemokratie hinüberflüchten*, also Russland den Rücken kehren. Die deutschen Arbeiter geben damit die Antwort auf alles, was von russischer Seite bisher unternommen wurde, um die neu aufgebaute und heute schon auf hohen Touren produzierende Industrie für den russischen Wiederaufbau arbeiten zu lassen. Es ist zweifellos diese Ablieferung der Produkte, die auf die breitesten Schichten wirkt. Es ist die von jedermann feststellbare und auch jedermann spürbare Tatsache, dass man trotz Vollbeschäftigung und trotz massen-

hafter Fabrikation aller möglichen Güter auf dem deutschen Markte — das heisst, dem Markte innerhalb der russischen Besetzungsrayons — sehr wenig zu kaufen bekommt und dafür überbezahlen muss — es ist diese Tatsache, die bis ins hinterste Haus hinein wirkt.

Natürlich hat auch die nie gestoppte Abmontierung von industriellen Anlagen böses Blut gemacht. Doch traf sie immer nur einzelne Betriebe, und die Empörung ergriff nur die direkt Betroffenen. Die politische Busse, welche die Russen nun für die einen wie für die andern «Reparationsbeschlagnahmen» bezahlen, ist also eingetreten: Nach neusten Berliner Meldungen bedeutet die Abspaltung wesentlicher Teile der SED-Organisation sozusagen den «Anfang vom Ende» ihrer Existenz.

Moskau hat möglicherweise auch schon die Konsequenzen aus dieser Entwicklung gezogen: Es verfügt die Reduktion der Besatzungsarmee um 40 Prozent. Die russischen Rekruten sollen nicht mehr auf deutschem Boden ausgebildet werden, und kein Regiment soll hier «in Garnison ausruhen». Nur noch zuverlässige Elitebestände sollen den Besatzungsdienst versehen. Das würde bedeuten, dass man das Fraternisieren und das Werben um die «deutsche Seele» aufgeben, vielleicht im Hinblick auf die kommende Entwicklung, das heisst auf die Schaffung der wirtschaftlichen Einheit des Restreiches, die von der politischen Einheit gefolgt wäre.

In London hat Herr Schumacher, der Führer der Sozialdemokraten, dem in der russischen Zone das Reden verboten wurde, die bekannten Ziele seiner Partei in einem öffentlichen, deutsch gehaltenen Vortrage formuliert. Er hat gewarnt vor einem neu heranwachsenden Nationalismus und vor dem Scheitern der «demokratischen Erziehung». Er hat die Ursachen dieser Gefahren blossgelegt. Man kennt sie längst, und man sollte ihnen mit den richtigen Mitteln begegnen. Das heisst: Die deutschen Arbeiter werden grössere Rationen bekommen müssen. Unternehmen, private oder genossenschaftliche, müssen Garantien erhalten, dass sie nichts aufbauen, was morgen von irgendwelcher militärischen Kommission beschlagnahmt oder abmontiert wird. Vor allem aber muss das Volk die Umriss seiner gesamten politischen und wirtschaftlichen Existenz von morgen erkennen können.

Im Donauraum

haben die Russen anscheinend die Sympathien der verschiedenen Völker noch nicht so verscherzt wie die Deutschen. Von den Tschechen und Jugoslawen abgesehen, die sich als wirkliche Verbündete betrachten, warten aber alle auf das Ende der fremden Besetzung. Die Westmächte halten sehr zäh an den Chancen fest, welche sich ihnen bieten werden, falls diese Besetzung einmal aufhört. Die heutigen Regierungen in Bukarest und Budapest, vielleicht auch jene in Sofia und Tirana, schliesslich sogar die in Belgrad und Prag, und wer weiss, sogar in Warschau, werden als nur zeitbedingte Mächte betrachtet, welche eines Tages andern Platz machen werden. Und zwar, wenn die «Kontrolleure der Politik», die russischen Generäle, nicht mehr im Lande stehen.

USA hat die jüngsten Wahlen in Rumänien nicht anerkannt. Es wird infolgedessen auch keine Anerkennung der neugebildeten Regierung Petru Groza geben. Mögen auch alte Politiker wie Tartarescu darin sitzen — es fehlen die Leute, die in London und Washington gefallen würden. Man wirft Groza vor, dass seine Polizeiregierung mit Hilfe eines wohlorganisierten Terrors wirklich demokratische Wahlen verunmöglicht hätte. Die blutigen Zusammenstösse in verschiedenen Städten am Wahltag selbst gelten als Beweis dafür. Ebenso die vorangegangene Verhaftung oppositioneller Politiker, besonders führender Bauernvertreter. Aus Bukarest wurde freilich gemeldet, das Land habe erstmals seit seiner Existenz wirklich «frei

gewählt». Mit andern Worten: In der Vergangenheit gab es noch nie demokratische Wahlen. Darunter dürften wohl auch die britischen und amerikanischen Volksvertreter und Regenten ihr Amen setzen. Denn was sich die verschiedenen «demokratischen» Parteien, die jeweils am Ruder waren, leisteten, ist bekannt genug. Ganze Volksschichten schienen jeweilen nach einem Wahlgeschäft verschwunden zu sein. So gering war ihre Vertreterzahl im «regierungsgemässen» Parlament. Man weiss das in jeder Partei des Westens. Aber gerade weil man es weiss, nimmt man an, es sei nun unter Groza haargenau gleich hergegangen, nur mit umgekehrten Spiessen. Entrechtet wären nun alle dem Kommunismus feindlichen Kreise, alle «Freunde einer wirklichen Demokratie» und der westlichen Kultur.

Die Nichtanerkennung der neuen Regierung Groza hat Konsequenzen für die nahe Zukunft. Wer soll den Friedensvertrag, falls er einmal vorläge, unterzeichnen? Dass Truman und sein neuer Kongress die Unterschrift Grozas. den sie als «nicht repräsentativ» ansehen, akzeptieren sollten, scheint unmöglich. London und Paris befinden sich aber in derselben Lage wie Washington. Dieses Sträuben des Westens gegen das fait accompli der «Balkanwahlen» kommt aber — man bedenke dies wohl — niemandem anderm als den Russen zugut. Wird der Friedensschluss auf Grund dieser Wahlreden verhindert, behält Moskau das Recht der Weiterbesetzung. Das System kann sich, vor allem bei allmählichem Aufblühen der Wirtschaft, festigen, und die Chancen des Westens verringern sich desto mehr, je länger die jetzige Uebergangszeit andauert. Das würde nur dann anders sein, wenn Hoffnung bestünde, Groza verwirtschaftete mit der Zeit seinen Kredit und die Stimmung im Lande schlage gegen den Kommunismus aus. Spekuliert der Westen am Ende auf solche Eventualitäten?

Der «Fall Polen» liegt ganz ähnlich wie der rumänische. Mit dem Unterschied, dass dort noch nicht gewählt worden, dass jedoch der Terror nach Ueberzeugung Londons und Washingtons im Begriffe zu stehen scheint, die Oppositionsparteien zu erdrosseln. Alle Wahlversammlungen der Bauernpartei, deren Führer Mikolajczik sich in der Regierung befindet, stünden unter Druck. Reihenweise würden ihre Vertreter verhaftet, so dass weite Teile des Landes nicht in der Lage wären, andere als die offiziellen Kandidaten zu wählen. Auch gegen die sozialistische Partei mehrten sich die Anschläge. Nach Ansicht der westlichen Regierungen würden sich die Dinge rasch ändern, sobald die Russen aus dem Lande zögen, oder falls die Gegner der Regierung anderswie Luft bekämen. Es wird auch auf die geheimnisvollen «ukrainischen Bänder» hingewiesen, welche der Regierung regelrechte Schlachten liefern. «Ukrainer» existieren im neuen Polen aber nur noch im Gouvernement Cholm und in einigen Karpathentälern. Bedeutend sind sie an Zahl nicht, und man argwöhnt, Warschau bezeichne jeden Aufständischen im Lande kurzweg als «Ukrainer»...

Die Russen können, um die Vorhalte gegenüber Rumänien und Polen zu parieren, auf die Krise in Griechenland hinweisen. Dort zittert der Boden unter der Regierung Tsaldaris. König Georg wünscht den englischen Weisungen gerecht zu werden, das heisst, seiner Regierung eine breite, allgemeine Basis zu geben. Tsaldaris mit seinen «Populisten» jedoch vermag die Brücken nach der masslos erbitterten Linken hin nicht zu schlagen. Nach der Linken, die nach russischer Ansicht das Volk in seiner ungeheuren Mehrheit hinter sich habe. Es heisst, Tsaldaris fliege nach Newyork, um dort die Klage gegen Jugoslawien zu verfechten, das die «Linke» an der Nordgrenze unterstütze. Diese Klage vor der «UNO» aber sei lediglich ein aussenpolitisches Ablenkungsmanöver und solle die öffentliche Meinung in Hellas betäuben...